

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 14. November 1885.

Nr. 532.

Deutschland.

Berlin, 13. November. In der gestern unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung erledigte der Bundesrath die Einzelentscheidungen für die Verwaltung der kaiserlichen Marine, für die Post und Telegraphenverwaltung, für die Verwaltung der Eisenbahnen, für das Reichseisenbahnamt, den Rechnungshof des deutschen Reichs und die Reichsdruckerei. Der Entwurf eines Gesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, der Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Drahtziehereien, der Entwurf eines Gesetzes über die Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten und der Besoldungs- und Pensions-Etat der Reichsbankbeamten für 1886 wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Entwurf eines Gesetzes über die Fürsorge für Beamte und deren Hinterbliebene in Folge von Unfällen, sowie den neu gefassten Bestimmungen, betreffend die zollfreie Ablassung von Petroleum für gewerbliche Zwecke, ertheilte die Versammlung ihre Zustimmung. Im Anschluss an den letzteren Beschluss wurde über mehrere, auf den zollfreien Einlass von Mineralöl bezügliche Eingaben Entscheidung getroffen. Die Beschlüsse des Reichstags zu der Petition des früheren Goldhändlers Francois Signol zu Faxe in Lothringen und zu der Petition des Philipp Krambrücker und Genossen zu Ludweiler, betreffend die Gewährung von Schadenersatz, wurden dem Herrn Reichskanzler überwiesen. Nachdem noch auf das Reklamsuch eines Beamten gegen seine zwangsweise Versetzung in den Ruhestand Beschluss gefasst worden war, wurde die Sitzung mit der Vorlegung von Eingaben verschiedener Inhalts geschlossen.

Auf der Rampe des kaiserlichen Palais spielte sich, wie nachträglich erst bekannt wird, vorgestern Nachmittag eine höchst aufregende Szene ab. Ein in Weisses, Kreis-Santander, wohnender Arbeiter Gottlieb Hoffmann versuchte mit Gewalt ins Palais einzudringen, um bei dem Monarchen Audienz zu erhalten, da er wichtige Dinge mittheilen hätte. Da S. sich nicht abweisen ließ, so wurde derselbe arretirt und durch einen Schutzmann nach dem 14. Polizei Revier geschafft. Hier wurde festgestellt, dass S. geisteskrank sei und seine Ueberführung nach der Irrenabtheilung der königlichen Charité sofort bewerkstelligt.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: Zu unserer Frage, ob die „Neue Preuss. Ztg.“ wirklich schon vergessen haben sollte, dass sie vor kaum Monatsfrist das Centrum immer wieder als viel bündnisfähiger für den Konservatismus bezeichnet hatte als die Mittelparteien, bemerkt die „N. Pr. Ztg.“: „Wir fordern die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf, uns nachzuweisen, wo und wann wir das gethan haben. Sollte sie dazu nicht im Stande sein, so müssen wir ihre Behauptung für eine bewusste Unwahrheit erklären.“ Wir beneiden den Muth und das feste Vertrauen in die Bergesslichkeit der Leser, welche mit dieser kühnen Wendung das Liebeswerben der „N. Pr. Ztg.“ um das Centrum während der ganzen Wahlkampagne wegstreiten zu können glauben, um so mehr, als die „N. Pr. Ztg.“ erst 24 Stunden vor jener merkwürdigen Aufforderung in Nr. 264 vom 11. November in einem Leitartikel, mit welchem wir uns an anderer Stelle eingehender befassen wollen, nach dem üblichen Tiraden gegen die Unzuverlässigkeit und Flatterhaftigkeit der von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ protegirten Nationalliberalen mit dem Gefühl vollster Genugthuung das Zusammenwirken der Konservativen mit dem Centrum in der letzten Landtags-Session hervorgehoben hatte. Die „N. Pr. Ztg.“ weiß recht gut, dass es schon ziemlich undenkbar ist, ihr alle gleichartigen Auslassungen aus dem letzten halben Jahre wieder vorzuhalten. Der Vorwurf bewusster Unwahrheit fällt eben einzig und allein auf sie selber zurück, wenn sie heute bestreiten will, dem Centrum nicht in jedem Augenblick ebenso große Sympathien wie den Mittelparteien Abneigung entgegengebracht zu haben. Das wird die „N. Pr. Ztg.“ hoffentlich nie zu leugnen wagen. Sich mit Redensarten um die Prästirung dieser Sachlage herumdrücken zu wollen, ist ein Kniff, der nur der bedrängten Lage zu Gute gerechnet

werden kann, in welche sich das feudale Organ mit seiner Anhänglichkeit an die römischen Politiker des Zentrums alle Augenblicke versetzt fählt.

— Ueber den am 29. v. Mts. verstorbenen Union General McClellan giebt die „New Yorker Handels-Zeitung“ folgende biographische Notizen:

George Brinton McClellan wurde am 3. Dezember 1826 in Philadelphia als der Sohn eines bekannten Arztes geboren. Nachdem er die Militär-Akademie in West-Point absolviert, trat er als Lieutenant in das Ingenieur-Korps ein und machte als solcher den Feldzug in Mexiko mit. Im Jahre 1855 wurde er zum Kapitän im 1. Kavallerie-Regiment ernannt und wurde in demselben Jahre der militärischen Kommission attachirt, welche von unserer Regierung nach dem Orient gesandt wurde, um den Krimkrieg mitzumachen. Auf Anordnung des Kongresses verfasste McClellan später einen Bericht über die von ihm während dieses Krieges gemachten Beobachtungen, welcher veröffentlicht wurde. Im Januar 1857 resignirte McClellan als Offizier, um eine Stellung als Chef-Ingenieur der Illinois Central-Eisenbahn anzunehmen, deren Vice-Präsident er im folgenden Jahre wurde. Im Jahre 1860 wurde er Präsident der St. Louis- und Cincinnati-Eisenbahn. Im darauffolgenden Jahre erhielt McClellan die Ernennung zum Generalmajor in der Freiwilligen Armee und trat bald darauf als solcher zur regulären Armee über. In dieser Stellung kommandirte er die Potomac-Armee. Als General Scott am 1. November 1861 resignirte, wurde McClellan zum General en chef der Armee der Vereinigten Staaten ernannt. Nach seinem Siege über General Lee bei Antietam wurde McClellan, da man ihm verschiedene Fehler vorwarf, seines Kommandos enthoben und nahm ferner keinen aktiven Antheil mehr am Kriege. Am 31. August 1864 wurde der General von der demokratischen Partei zum Präsidentschafts-Kandidaten nominirt, indessen bei der Wahl von Lincoln geschlagen. Er ließ sich dann in New York nieder, machte später eine Reise nach Europa und war nach seiner Rückkehr von dort im Jahre 1868 als Zivil-Ingenieur thätig. 1877 wurde McClellan zum Gouverneur von New-Jersey gewählt. Nach Ablauf seines Amtes trat er in's Privatleben zurück und hat seitdem kein öffentliches Amt wieder bekleidet. Zur Zeit seines Todes war er Präsident der „Grand Bell Co.“ in New York.

Das Centrum gedankt nach Mittheilung kirchlicher Blätter alsbald nach Beginn der neuen Reichstags-Session eine Interpellation über die Gültigkeit des Jesuitengesetzes in den deutschen Schutzgebieten einzubringen. Man muß der Beantwortung dieser Interpellation mit großem Interesse entgegensehen, wird sie doch voraussichtlich weit über den in Rede stehenden Einzelfall hinaus zur Aufklärung und Feststellung des staatsrechtlichen Verhältnisses dienen, in welchem die deutschen Kolonial-Gebiete zu dem Mutterlande stehen. In dieser Hinsicht sind noch kaum die ersten Grundfragen beantwortet. Man wird freilich nicht erwarten oder verlangen können, daß bei so neuen und eigenartigen Gebilden, wie es die deutschen Kolonial-Erwerbungen sind, gleich alle Verfassungen- und Rechtsverhältnisse gültig werden. Die Stellung der Kolonien zum Mutterlande muß sich aus sich selbst heraus allmählig entwickeln und wird je nach der Zunahme der Kultur und den fortschreitenden Bedürfnissen im Laufe der Zeit sehr verschiedenartige Gestaltungen annehmen. Von einer einfachen Uebertragung sämtlicher Gesetze und staatlichen Einrichtungen des deutschen Reiches auf die Schutzgebiete kann verständiger Weise natürlich keine Rede sein. Keine Kolonialmacht der Welt hat je daran gedacht. Eben so wenig aber kann ein Zweifel darüber bestehen, daß manches von unserer staatlichen Ordnung und Gesetzgebung mit der Zeit auch in unseren Kolonien eingeführt werden muß und da erhebt sich die Grundfrage, wer über die Einführung deutscher Gesetze dortselbst zu entscheiden, ob dies auf dem Wege der ordentlichen Reichsgesetzgebung oder durch kaiserliche Verordnung und einen einfachen Regierungs-Akt zu erfolgen habe. Zur Aufklärung über diese Frage wird die Interpellation über die Gültigkeit des Jesuitengesetzes

in den Schutzgebieten beitragen, wie denn überhaupt die Erörterung kolonialpolitischer Fragen in der bevorstehenden Reichstags-Session voraussichtlich einen breiten Raum einnehmen wird. Es ist recht bezeichnend, daß auch in unsere Kolonial-Politik der „Kulturkampf“ gleich in entscheidender Weise eingreift, und man muß voraussehen, daß das Centrum, welches ohnehin diesen Unternehmungen mit Abneigung oder mindestens großer Zurückhaltung gegenübersteht, seine ferneren Entschlüsse wesentlich von der Behandlung dieser Missions-Angelegenheit abhängig machen wird. Die „Germania“ und andere kirchliche Blätter füllen schon seit Wochen lange Spalten mit dieser Frage, der sie die allerhöchste Bedeutung beilegen. Bis jetzt hat aber die Regierung keine Neigung gezeigt, sich die Jesuiten auf dem Umweg über Kamerun wieder einschmuggeln zu lassen.

Berlin, 13. November. Nach § 82 des Unfallversicherungs-Gesetzes sind die Berufsgenossenschaften befugt, durch Beauftragte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen, von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Berufsstand von Bedeutung sind, Kenntnis zu nehmen und behufs Prüfung der von den Unternehmern eingesetzten Arbeiter- und Lohnnachweisen die entsprechenden Geschäftsbücher und Listen einzusehen. Die der Genossenschaft angehörenden Unternehmer sind verpflichtet, den Beauftragten während der Betriebszeit Zutritt zu den Betriebsstätten zu gestatten und auf Erfordern die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Nur wenn der Unternehmer befürchtet, daß durch die Besichtigung des Betriebes die Verletzung eines Geschäftsgeheimnisses oder die Schädigung von Geschäftsinteressen entstehen könnten, kann er die Besichtigung durch andere, von ihm bezeichnete Sachverständige auf seine Kosten beanspruchen. Selbstverständlich haben sowohl die Mitglieder der Vorstände als auch die Beauftragten die strengste Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Nachahmung der von den Unternehmern geheim gehaltenen, durch die Besichtigung zur Kenntniss gelangten Einrichtungen zu enthalten. Hierauf müssen die Beauftragten durch die unter Vermittelung ihrer Wohnorte vorredigt werden. Die Section I (Berlin) der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, welche die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen umfaßt, hat mit der Bestallung eines solchen Beauftragten, wie wir hören, den Anfang gemacht; der Ingenieur L. Lübke in Berlin ist in seiner Eigenschaft als Beauftragter der Section vom hiesigen Polizei-Präsidium bereits vereidigt worden.

Dieselbe Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie hat an sämtliche Oberverwaltungsbehörden im Reich ein Schreiben gerichtet, in welchem dieselben ersucht werden, die versicherungspflichtigen Apotheker in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich zur Berufsgenossenschaft anzumelden haben. Sie hat die Erfahrung gemacht, daß bis jetzt außer solchen, die nebenbei die Fabrikation von Mineralwasser und dergleichen betreiben, nur sehr wenige Apotheker eine Anmeldung eingekandt haben. Wir vermuten aber, daß die Zahl der versicherungspflichtigen Apotheker überhaupt nicht sehr groß sein wird. Als Fabriken können, so lange das Reichsversicherungsamt nicht anders entschieden hat — und das ist bis jetzt, so viel wir wissen, nicht geschehen — nur solche Apotheken betrachtet werden, welche Dampfkessel oder durch elementare Kraft bewegte Triebwerke in Verwendung haben oder mindestens zehn Arbeiter zur Herstellung von Gegenständen regelmäßig beschäftigen oder Explosivstoffe oder explosiblen Gegenstände gewerbmäßig erzeugen. Apotheken, welche nicht nebenbei Mineralwasser, Chemikalien und dergleichen herstellen und doch zehn Arbeiter regelmäßig beschäftigen, werden wohl in großen Städten in geringer Zahl, in kleineren Orten aber nur ganz ausnahmsweise vorhanden sein.

(Magdb. Ztg.)

— Die Bundesratsausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr haben einen umfangreichen Bericht über die zollfreie Ablassung von Petroleum für gewerbliche Zwecke er-

stattet und ermäßigende Bestimmungen für die obersten Landesfinanzbehörden beantragt, welche theils die Fabrikationszweige, theils die Stoffe der Verarbeitung mit Petroleum ganz genau festsetzen und auch Befragungen über die Kontrolle des zollfrei bleibenden Petroleums enthalten. — Der dem Bundesrathe vorliegende Entwurf von Bestimmungen, wonach Kinder zwischen 12 und 14 Jahren und Arbeiterinnen in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb nicht beschäftigt werden dürfen, ist auf Grund von Erhebungen der preussischen Regierung bezüglich der Drahtziehereien im Regierungsbezirk Arnberg aufgestellt worden; das Verbot begründet sich darauf, daß diese Betriebe, welche von dem Zustusse des aus unbedeutenden Bächen kommenden Wassers abhängig sind, während eines großen Theiles des Jahres regelmäßige Arbeitszeiten nicht innehalten können und daher jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen leicht mehr mit Arbeit überbürden müssen, als denselben zuträglich ist. Die Zusammenstellung von Ausnahmen ist denjenigen nachgebildet, welche für Glashütten mit zeitweiser Betriebsunterbrechung 2c. erlassen worden sind.

— Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Neubegründung kleinerer ländlicher Ansiedelungen stattdessen zu befördern sei, ist im Verlaufe der letzten Jahre vielfach erörtert worden. Bereits von dem Minister Friedenthal wurden ähnliche Vorschläge gemacht, wie sie jetzt in der dem Landes-Deonomie-Kollegium vom Minister Lucius überreichten Denkschrift entwickelt sind. Auch hat diese Körperschaft schon im Jahre 1879 Gelegenheit gefunden, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Am 23. Januar 1879 wurde von derselben der Vorschlag, die durch die Agrargesetzgebung der fünfziger Jahre beseitigte Erbpacht oder ein ihr verwandtes Rechtsinstitut wieder zuzulassen, eingehend erörtert, und damals bereits hat sich die große Mehrheit des Landes-Deonomie-Kollegiums mit der Wiedereinführung erbpachtähnlicher Rechtsverhältnisse einverstanden erklärt. Das Kollegium wandte sich in Folge dieser Verhandlungen mit der Bitte an den landwirtschaftlichen Minister, eine eingehende Prüfung darüber zu veranlassen, ob es sich empfehle, „eine Aenderung der Gesetzgebung in der Richtung zu bewirken, daß die Wiederherstellung von Verhältnissen, ähnlich der Erbpacht oder dem Erbzinsgelde oder der Emphyteuse, es ermögliche, Grundbesitz auszugeben unter Garantie dafür, daß die ausgegebenen Parzellen zur Errichtung und dauernden Erhaltung kleiner Wirtschaften (einschließlich der ländlichen Arbeit zugewandten Bevölkerung) benutzt werden.“ Der damalige Beschluß des Landes-Deonomie-Kollegiums darf als die erste Anregung zu der jetzt vorgelegten Denkschrift aufgefaßt werden. In dem Bericht des Landwirtschaftsministers an S. Majestät den König über die landwirtschaftliche Verwaltung Preussens während der Jahre 1878, 1879 und 1880 wird bemerkt, daß die landwirtschaftliche Verwaltung ihr abschließendes Urtheil über die Frage vor der Hand noch glaubte zurückhalten zu müssen, doch sind damals bereits „gewisse allgemeine Gesichtspunkte, an denen in jedem Falle festzuhalten sein wird“, vom Minister aufgestellt worden. Dieselben sind auch jetzt noch von Interesse. Es wird in dieser Beziehung in dem offiziellen Bericht ausgeführt, daß die Wiederherstellung der Erbpacht auf der Grundlage des sogenannten getheilten Erbrechts juristisch nicht ausföhrbar und wirtschaftlich nicht ohne Bedenken sei. Derartige Rechtsinstitute ließen sich, einmal beseitigt und dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung entfremdet, überhaupt nicht wiederherstellen. Anders liege die Sache, wenn es sich darum handle, Grundbesitz zu vollem Eigentum, jedoch unter Vorbehalt gewisser, auf demselben ruhender, unablässbarer Rechtsansprüche des Veräußerers zu übertragen. In diesem Falle müsse sowohl die juristische, als auch die volkswirtschaftliche Beurtheilung davon abhängen, welche Grenzen das Gesetz für die Zulässigkeit der vorzubehaltenden, unablässbaren Rechtsansprüche ziehen werde. Die Gesetzgebung werde sich, wenn sie den Gegenstand behandeln wolle, auf den Standpunkt stellen müssen, daß die freie Verfügung des Eigentümers über das Gut durch unablässbare Rechtsansprüche des Veräußerers nicht weiter beschränkt werden dürfe, als das Gesetz selbst ge-

hatte, und daß dem Gute keine andern als die im Gesetze selbst bezeichneten Abgaben unabsehbar auferlegt werden könnten.

Ueber den Stand der Konferenzverhandlungen wird der „Nat.-Ztg.“ heute aus London berichtet: Aus den neuesten Nachrichten, sowohl aus Konstantinopel wie aus Philippopol will man in unterrichteten Kreisen den Schluß ziehen, daß sich die Situation um eine Nuance gebessert habe. Man betrachtet es nämlich als einen Vortheil, daß man wenigstens de facto zu einem übereinstimmenden Beschlusse gelangt ist, durch welchen der Pforte das Anrecht auf die Herstellung des früheren Zustandes in Osmurmen zuerkannt wird. Dieser Beschlusse wird nun dem Fürsten Alexander namens sämtlicher Mächte, England mit inbegriffen, wahrscheinlich durch die Pforte zu kommunizieren sein. Von einem Hervortreten Russlands mit der auf Absehung des Fürsten abzielenden Forderung ist nicht die Rede. Nachdem nun gerade das scharfe Auftreten Russlands gegen die Person des Fürsten die Sachlage in der letzten Zeit wesentlich verschärfte und auch die pronunzierte Haltung Englands zur Folge gehabt hat, so hofft man, daß die größere Mäßigung Russlands in diesem Punkte nicht ohne günstige Rückwirkung auf die Stimmung in Bulgarien selbst bleiben und daß es Fürst Alexander den Mächten ersparen wird, sich mit der Frage einer gewaltsamen Herstellung des status quo an die schaffenden zu müssen. Die größere Mäßigung Russlands ist allerdings eine sehr problematische, denn die gegenwärtige Art, in welcher sie dem Fürsten gegenüber an den Tag gelegt wird, ist die denkbar verletzende und der passivste Hintergedanke scheint dabei zu sein, daß einerseits durch Ereignisse selbst der Boden unter den Füßen des Fürsten unterwühlt werden dürfte, und daß andererseits im Falle seines Widerstandes, wenn es gleich für die Mächte kein eigentliches Absehungsgesetz gibt und daher ein Absehungsgesetz auch nicht gestellt werden kann, sich doch auf das revolutionäre und friedensgefährliche Vorgehen des Fürsten eine Verwirklichungstheorie aufbauen lassen könnte.

Breslau, 11. November. Nach einem von der „Schl.-Ztg.“ zitierten Bericht der „Königsb. Zeitung“ geht man jetzt in Russland mit der Ausweisung preussischer Staatsangehöriger energisch vor. In einem Stahlwerke zu Neu-Praga bei Warschau, in welchem eine bedeutende Zahl Oberschleier beschäftigt war, die zu den besten und zuverlässigsten Arbeitern zählten, ist auf Weisung der russischen Staatsbehörde sämtlichen oberschleischen Arbeitern die Arbeit gekündigt worden. Gegen 100 Arbeiter sind in Folge dessen in den letzten Tagen nach Königsbütte zu rückgekehrt. Auch aus Dessau treffen jetzt Denksprüche (Kaufleute u. s. w.) ein, denen die Ausweisungsverfügung zugesellt worden war. Nach den Angaben eines der letzteren, welcher auf der Heimreise Buzlau berührte, geht man gegen die Ausweisung in ziemlich scharfer Weise vor. Dem letzterwähnten wurden, wie er nachwies, in Wilna von der Polizei sämtliche Effekten und Baarmittel abgenommen. Unter polizeilichem Geleit wurde er — so berichtet das „Buzlauer Stadtblatt“ — bis an die Grenze gebracht, wo er seine Laarenschaft nach Abzug der Reisefkosten, die für ihn selbst und den Transporteur erwachsen waren, wieder ausgehändigt erhielt. Bisher haben sich derartige Nachrichten noch nicht befähigt, oder sind wenigstens stets stark eingeschränkt worden.

Aus Kiel, 11. November, erhält die „Danz. Ztg.“ folgende Mittheilungen:

Der Chef der Admiralität hat einige bemerkenswerthe Anordnungen getroffen: Die beiden alten Holzkorvetten „Arcana“ (1859 auf der Danziger Werft erbaut) und „Herttha“ (1864 gleichfalls in Danzig erbaut) sollen einer Reparatur unterzogen und in Zukunft als Kohlenhülle verwendet werden. Die Fregatte „Gefion“, bisher Kasemattschiff und Kohlenhülle, soll jetzt zu Übungszwecken verwendet werden. Sie wird zu dem Ende mit einem langen starken Bugspriet und kräftiger Hebevorrichtung am Bord versehen. Einige andere ältere Schiffe, wie die Fregatte „Niobe“, die „Zeits“ (letztere gegenwärtig Kohlenhülle in Wilhelmshafen) werden mit Dampferdovorräthung, wie solche jetzt auf allen größeren Schiffen angebracht ist, versehen. Früher wurden die Rüder (seemannisch das Rohr) durch Menschenkraft bewegt. — Auf der kaiserlichen Werft wird ferner eine Torpedoboots-Schleppmaschine hergestellt. Die Torpedoboots werden zunächst durch Maschinenkraft auf Wagen gezogen und mittels dreier Winden aus schiefer Ebene ans Land gezogen, um in den Torpedobootschuppen untergebracht zu werden. Bisher überwinterten die Torpedoboots im Wasser, was eine stete Hatzung am Bord von Röhren machte, um die Schiffe zu konservieren, auch erlitten dieselben bei starkem Eisgang nicht selten erheblichen Schaden. Gleiche Torpedoboots-Schlepp-Vorrichtungen und Torpedoboots-Schuppen werden in Danzig und Wilhelmshafen hergerichtet.

Ausland.

Paris, 12. November. Die parlamentarische Lage gestaltet sich allmählich besser. Der gestern unter dem Vorsitz Ledroys gehaltenen Deputirten-Versammlung wohnten 195 Deputirte, zumeist Radikale bei, welche sich als reunion plénière konstituirten und in Bezug auf die Hauptfragen: die Anklage gegen das frühere Ministerium Jules Ferry, die Ausweisung der Prinzen, die Tonkin-Expedition u. s. w. gemäßigtere Be-

schlüsse faßten. Das von dieser nunmehr permanenten Vereinigung republikanischer Deputirten ernannte Bureau überbrachte heute dem Konseil-Präsidenten Brisson die gefaßten Beschlüsse, wobei Ledroy im Namen seiner Kollegen dem Minister versicherte, daß derselbe auf ihre volle Unterstützung zählen könnte. In Folge dessen heißt es heute Abend, das Ministerium werde am Montag die ministerielle Erklärung der Kammer unterbreiten und auf Grund dieser Erklärung ein Vertrauensvotum verlangen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. November. Heute, Sonnabend, geht Grillparzer's romantisches Drama „Die Ahnfrau“ als volkstümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen in Szene. Sonntag wird im Stadttheater Meyerbeer's große Oper „Der Prophet“, mit Herrn W. Richter in der Titelpartie, gegeben, während im Bellevue-Theater das vorzügliche Schauspiel „Die Waise aus Lowood“ von Charlotte Birch-Pfeiffer zur Aufführung kommt. Am Dienstag beginnt Fräulein Maria Daniels, königl. belgische Kammerfräulein, welche den Theaterfreunden von voriger Saison noch in bester Erinnerung ist, als „Rosine“ im „Barbier von Sevilla“ einen kurzen Gastrollen Zyklus.

Nach Schluß der größeren Musik-Aufführungen macht sich in den Garderoben des Konzerts und Vereinshauses ein großes Gedränge bemerkbar und es währt längere Zeit, ehe das Publikum in den Besitz der Garderoben gelangt und sich die Räume nur schwer leeren. Eine große Schuld hieran trifft das Publikum und um möglichst Abhilfe zu schaffen, macht der Vorstand der Vereinshaus-Gesellschaft gelegentlich der bevorstehenden Konzerte der russischen Sänger darauf aufmerksam, daß die Trennung der Damen- und Herren Garderoben — bei Bällen ausgenommen — jetzt aufgehoben ist, um gegenseitiges Warten zu vermeiden. Ebenso wird gebeten, das Garderobengeld vorher zu bezahlen, um bei der Ausgabe Aufenthalt zu vermeiden. Der Vorstand ist überzeugt, daß auf diese Weise die bisher enge Verhältnisse vermieden werden, zumal, wenn das Publikum nach Empfang der Garderobe nicht stehen bleibt, sondern den nachkommenden Platz macht. Da bezüglich der verschlossenen Thüren der Windfänge noch vielfach irrige Ansichten obwalten, bemerkt der Vorstand, daß dieselben im Interesse des Publikums abschließend zum Theil geschlossen werden, um das Eintreten der kalten Luft nach Möglichkeit zu verhindern. Andernfalls würde der Borzug der durchweg geheizten Räume binnen Kurzem illusorisch werden.

Die Diebstähle an jungen Bäumen in der Gegend von Weßend haben noch immer nicht aufgehört, in der Nacht zum Freitag sind wiederum aus der Falkenwalderstraße 61 belegenen Baumhülle des Herrn Schröder 9 Stück hochstämmige Apfelbäume gestohlen. Herr Schröder hat nunmehr eine Belohnung von 20 Mark für Ermittlung der Diebe ausgesetzt.

Dem Steuer-Einsamler Kaeding zu Rogebuhr im Kreise Ruppin ist der Rote Adels-Orden vierter Klasse verliehen.

Der Landgerichtsdirektor Hagen in Frankfurt a. O. ist zum Präsidenten des Landgerichts in Stolp ernannt.

In der Haupt- und Schlussscheidung der II. Lotterie der großherzoglichen Kreisstadt Bielefeld-Baden wurden folgende größere Gewinne gezogen:

Nr. 84926 50,000 Mark, Nr. 28839 20,000 Mark, Nr. 17901 10,000 Mark, Nr. 60577 5000 Mark, Nr. 42478 3000 Mark, Nr. 21780 2000 Mark, Nr. 31573 16298 6987 56693 und 35310 je 1000 Mark, Nr. 4942 48527 3107 19377 40440 24012 40523 26647 33227 73033 1462 und 22502 je 500 Mark, Nr. 6981 52053 20345 13682 51298 56901 58049 30284 70387 15224 24000 84996 68135 14047 68450 35497 7678 47321 12726 und 18782 je 200 Mark, Nr. 74841 56434 83910 82732 19465 62368 83365 5515 84063 15523 13338 67088 66683 74192 23270 67218 69339 69105 39653 19538 18958 30190 5339 18621 61208 34859 48103 34434 35611 58125 24174 70805 29837 18753 67711 81777 62749 81905 7701 15569 24088 72063 11396 31426 51375 33944 30852 75520 80241 13498 21212 71893 21625 76559 8423 51645 14548 11247 41459 13093 26456 60462 53299 45301 66486 10286 59072 68854 2757 51818 65496 32112 59259 84058 81760 84709 13401 11128 63728 19117 22895 24653 39169 36117 28951 16755 56825 1635 81091 45024 26109 76909 8263 65329 55030 63192 84895 61852 24296 und 33515 je 100 Mark.

Landgericht. — Strafkammer 3. — Sitzung vom 13. November. — In allen größeren Städten findet man latinalische Christen, bei denen man nicht recht weiß, von was sie ihren Lebensunterhalt bestreiten, sie arbeiten nicht, machen sich keine Sorgen und leben doch herrlich und in Freuden. So tauchte im Frühjahr hieselbst eine Persönlichkeit auf, welche ein ziemlich räthselhaftes Dasein führte. Der Mann hatte sich in der Baumstraße eine Stube gemiethet, nannte sich Dr. Schröder und Dr. Müller, er trank in seiner Behausung fleißig Wein und Sekt aber Niemand wußte, wo er die Mittel zu dem kostspieligen Lebensunterhalt hernahm. In dem lothspieligen Lebensunterhalt hernach zwar besaßte derselbe, „Gefährdungs“ zu sein, aber augenscheinlich betrieb er seine ärztliche Praxis

geheim, daß selbst seine Wirthin nichts bemerkte. Im Juni d. J. wurden die Hausbewohner plötzlich in Aufregung versetzt, da sich die Polizei einstellte, in der Wohnung des Herrn Doktor Hausung abhielt und diesen selbst in Haft nahm. Man stellte sich bald heraus, daß dieser Herr Doktor keineswegs eine harmlose Person war, der selbst entpuppte sich als ein Korbmacher Retahold Müller, welcher wegen Diebstahls bereits mehrfach vorbestraft war und auch das neue Einschreiten der Polizei wiederum einem von ihm verübten Diebstahl zu verdanken hatte. Am 13. Juni war in Grabow die Wohnung des Zimmerpoliers Greul am hellen Tage mittels Nachschlüssels geöffnet worden und daraus zwei Sparfläschchen über 800 und 600 Mark, Goldschälen, Wirthspapiere und ca. 70 Mark baar Geld entwendet. Der Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, lenkte sich sehr bald auf den in demselben Hause wohnhaften Zimmergesellen Heinrich Leuz und dessen Freund, den oben besagten Müller. Beide leugneten hartnäckig, es wurde jedoch festgestellt, daß Müller zur Zeit des Diebstahls in der Nähe des Thors gewesen, daß an demselben Tage sich in seinem Besitz zwei Sparfläschchen befanden, daß er sich des „Geschäfts“ bei Greul gerührt und daß er mit dem Geld so freigebig war, daß er seinem Freund Leuzer 15 Mark schenkte. Letzterer ließ sich während der Untersuchungshaft noch zu einem glaubwürdigen Geständnis herbei, durch welches Müller vollständig überführt wurde. Heute hatten sich Beide wegen Diebstahls zu verantworten, doch blieb Müller trotz der sehr belastenden Zeugnisaussagen bei seinem Leugnen, während Leuzer sein früheres Geständnis wiederholte. Leuzer konnte auf Grund seines Geständnisses und der Zeugnisaussagen nur der Hehlerei als überführt erachtet werden und kam mit einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten davon, während Müller wegen schweren Diebstahls zu 7 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust auf gleiche Dauer und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurtheilt wurde.

In der Nacht vom 20. zum 21. August d. J. wurde in dem A. Lewin'schen Geschäft, Bollwerk Nr. 18, ein Einbruch verübt, bei welchem Kleidungsstücke im Werthe von 800—900 Mark, 74 Mark baar Geld und eine goldene Uhr mit Kette im Werthe von 300 Mark gestohlen wurden. Nach einigen Tagen wurde der Arbeiter Jul. Heine, Otto Böhl abgefaßt, als er die gestohlene Uhr veräußern wollte und gelang es, ihn auch den Dieb in der Person des bereits mehrfach vorbestraften Arbeiters Jul. Fr. Aug. Steinweg zu ermitteln. Letzterer gab zu, daß er den Einbruch verübt, er wollte jedoch nicht Sachen von so erheblichem Werthe gestohlen haben. Böhl gab zu, die Uhr zum Verkauf erhalten zu haben, er bestritt jedoch, daß er gewußt, daß dieselbe aus einem Diebstahl herrühre. Durch die Beweisaufnahme wurden jedoch Beide überführt und Steinweg wegen Diebstahls zu 3 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht, Böhl wegen Hehlerei zu 5 Monaten Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt.

Aus den Provinzen.

3 Bütow, 12. November. Ein recht trauriges Ereignis passirte in vergangener Nacht in Kolziglow-Bahnhofsstraße der Straße Zollbrück Bütow. Auf dem Gutehofe wurde Erntefest gefeiert und war zum Tanz der Speiseboden geräumt worden. Der Bahnhofsverwalter Alf hatte gegen Abend auf eine kurze Zeit dem munteren Treiben zugegesehen. Als er den Speicher verlassen und die Treppe hinuntersteigen wollte, glitt er aus und stürzte von oben herab. Befinnungslos brachte man ihn nach Hause, wo er nach Kurzem verstarb. Der Tod ist in Folge der heftigen Gehirnerschütterung eingetreten. Der Verstorbene hinterläßt eine Frau nebst drei noch nicht erwachsenen Kindern. — Von verschiedenen Seiten ist bereits der Wunsch ausgesprochen, unsern Marktplatz, der einer nöthigen Beleuchtung entbehrt, durch Aufstellen von Laternen zu erleuchten. Zu diesem Zwecke sind auf Anregung mehrerer Bürger der Stadt freiwillige Beiträge zur Anschaffung und Aufstellung eines Randalabers zum Werthe von 200 Mark gesammelt worden. Derselbe soll in der Mitte des Marktplatzes errichtet und mit 5 Laternen versehen sein. Wie diesfalls bekannt, sind bereits nahezu die nöthigen Geldmittel gesammelt und kommt es nur darauf an, ob Magistrat- und Stadtverordneten-Versammlung sich verpflichten, aus der Kasse der Stadt die Mittel der dauernden Beleuchtung zu bewilligen. In den einzelnen Straßen der Stadt soll die Beleuchtung durch Aufstellen mehrerer Laternen verbessert werden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Ahnfrau.“ Trauerspiel in 5 Akten.

Sonntag: Stadttheater: „Der Prophet.“ — Bellevue-Theater: „Die Waise aus Lowood.“

Vermischte Nachrichten.

Berlin: Ueber die in Wilhelmshafen vorgelommene Massenvergiftung durch Miesmuscheln, die seiner Zeit in den weitesten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregte, hielt Professor Birchom gestern Abend in der „Niederrheinischen Gesellschaft“ einen hochinteressanten, mit Demonstrationen verknüpften Vortrag. Am 17. Oktober waren, wie bereits gemeldet, zwei Schiffsfahrzeuge in ein

Doch der kaiserlichen Werft zu Wilhelmshafen gebracht worden, welche bei der Trockenlegung sich vollständig mit den schwarzbläulichen Miesmuscheln bewachsen zeigten. Da diese eine beliebte Delikatesse gelten, so sammelten die Dockarbeiter diese Muscheln ab und nahmen sie mit nach Hause, um sie für sich und ihre Familien zubereiten zu lassen. Allein bald nach dem Genuß der Muscheln stellten sich bei den Leuten sehr bedenkliche Vergiftungserscheinungen ein, es erkrankten 19 Personen, darunter 9 sehr schwer; schon 1³/₄ Stunden nach dem Genuß trat der erste Todesfall ein und drei weitere folgten innerhalb 4¹/₂ Stunden. Der ersten Annahme, daß die verhängnisvollen Miesmuscheln von der Kupferhaut der Schiffshölzer eine giftige Kupferverbindung angenommen hätten, stand die Thatsache entgegen, daß die Schiffe gar nicht gekupfert waren. Kreisphysikus Dr. Schmidtman, welcher in umfassendster Weise die Untersuchung leitete, stellte fest, daß es zwei Arten von Miesmuscheln gebe, eine giftige und eine nichtgiftige; erstere unterscheidet sich durch Farbe und Zeichnung der Schale sowie durch eine bräunliche Verfärbung des Fleisches und habe einen eigenthümlich süßlichen Bouillongeschmack. Nach seiner Auffassung handelte es sich um Vergiftung durch ein Atomal, d. i. ein Leichen- oder Fäulnisgift. Dr. Schmidtman schickte auch Leichenstücke von den an der Vergiftung gestorbenen Personen und verschiedene Quantitäten von Miesmuscheln behufs weiterer Untersuchung an das Reichsgesundheitsamt und an Professor Birchom. Von beiden Seiten wurden eingehende Untersuchungen angestellt. Geheimrath Birchom hat mit Unterstützung der Professoren Elshard, Schütz, Salkowski und N. Wolff im pathologischen Institut der Charité eine ganze Reihe experimenteller Forschungen angestellt, über die er ausführlich berichtete. Nach dem Befunde an den Leichen der in Folge des Genußes von Miesmuscheln Verstorbenen ist er geneigt, anzunehmen, daß die Vergiftung nicht durch ein Atomal, sondern durch ein Alkaloid hervorgerufen wurde, das sich sowohl in dem Fleische, als auch in der Abkochung der giftigen Muscheln vorfindet. Dieses Alkaloid sei eines der stärksten Gifte, die es gebe, an Wirkkraft so schnell, daß Thiere binnen einer Viertelstunde daran starben. Dasselbe sei dem berüchtigten Scroto (Vergiftung) zu vergleichen und rufe, wie dieses, zuerst eine Schüttelung der ganzen Muskulatur hervor, wodurch die Ausdehnungen des Lebenskampfes nicht wahrnehmbar werden und trotz der furchtbaren Giftwirkung der Tod ein augenscheinlich sanfter sei. Professor Birchom stellt dieses Gift in eine Kategorie mit dem bekannten „Fischgift“, das sich nicht nur bei toten, sondern auch bei lebenden Fischen, Aukern etc. findet. Im Stillan Ocean, in Japan und China gebe es gewisse Fischarten, von denen es bekannt sei, daß sie zu bestimmten Jahreszeiten giftig, sonst aber durchaus unschädlich seien. Von den Untersuchungen der Miesmuscheln theilte Professor Birchom noch mit, daß Geheimrath Koch bei der bakteriologischen Untersuchung derselben mehrere charakteristische Bacillen gefunden, über welche jedoch ein endgültiges Urtheil noch nicht abgegeben werden könne. Professor Salkowski ergänzte die Ausführungen Birchoms noch nach der chemischen Seite hin und theilte unter Anderem mit, daß die als giftig erkannten Auszüge der Muscheln, sobald sie mit einem Tropfen doppeltkohlensauren Natron eingedampft werden, ihre giftige Wirkung sofort verlieren. Daraus sei zu schließen, daß es sich um ein pflanzliches Alkaloid handle. Im Uebrigen werden diese für das Gemeinwohl wichtigen Untersuchungen noch eifrig fortgesetzt.

(Im Café) „Was, Karten spielen thut's und haben la Geld? So elendiger Lump, So! Woher soll denn i jetzt mei' Jesh' zahlen? So Gauner!“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wolfsbüttel, 13. November. Prinz Albrecht ist heute Vormittag 11 Uhr hier eingezogen und von der Bevölkerung mit enthusiastischen Kundgebungen empfangen worden. Die Stadt ist festlich geschmückt.

Galveston, 13. November. Heute Nacht brach eine große Feuerbrunst aus, von der etwa 50 Gebäude ergriffen wurden.

Belgrad, 12. November. Sämtliche Minister sind heute vom Könige nach Nisch berufen.

Bukarest, 12. November. Der vormalige Minister des Auswärtigen, Campineanu, erklärt in einem Schreiben an den Direktor des Journals „Etoile roumaine“ die Gerüchte für unbegründet, wonach er wegen Meinungsverschiedenheit mit dem Ministerpräsidenten Brătianu demissionirt haben sollte, er habe seine Entlassung lediglich als Gesundheitsmaßnahme genommen.

Sofia, 13. November. Die Nachrichten, daß dem englischen diplomatischen Agenten Laucelles hieselbst ein Memorandum über angebliche russische Umrüstungen vorgelegt worden sei, sowie daß Fürst Alexander Auserungen gethan habe, welche verlegend für die russischen Offiziere gewesen, werden von unterrichteter Seite für vollständig unbegründet erklärt.

Beragino (bei Gattaro), 12. November. Die Türkei verbietet die Ausfuhr von Getreide aus Albanien, wie es heißt, wegen der in Montenegro stattfindenden Kämpfe. In Skutari werden Truppen konzentriert.

Kairo, 13. November. Gerüchtwiese verlautet, daß ein Zusammenstoß von Engländern mit Anhängern des Mahdi stattgefunden habe.